

sprechend ist die Säuglingssterblichkeit in den Gebieten mit hohem Anteil an unehelichen Kindern unverhältnismäßig groß. Allerdings, und das spricht gerade wieder für die Bedeutung des Bergbauern vom bevölkerungspolitischen Standpunkt aus, ist auch die Fruchtbarkeitsziffer in den überwiegend bergbäuerlichen Gebieten am höchsten.

Der Mangel an Arbeitskräften, wie er sich seit dem Umbruch bemerkbar macht, führt nun zu einer weitgehenden Arbeitsüberlastung der Bauernfamilie. Trotz höchster Anspannung kann die Arbeit teilweise kaum mehr bewältigt werden, besonders da der Einsatz von Maschinen, der bei dem Flachlandbauer einen gewissen Ausgleich schaffen kann, in den meisten Fällen unmöglich ist.

Landflucht und Landarbeitermangel ist heute für den Bergbauern, vielleicht noch mehr als für die

übrige Landwirtschaft, das Hauptproblem, das es zu lösen gilt.

Verstärkter Einsatz von Arbeitsdienst und Landdienst in den Gebirgsgegenden, Ernteurlaub für militärpflichtige Bergbauernsöhne u. a. wären Mittel, diesem Problem wenigstens teilweise beizukommen.

Darüber hinaus aber gilt es, das Vertrauen der Bergbauern in ihre eigene Leistungsfähigkeit wieder zu festigen und zu stärken. Gewiß, der Bergbauer muß hart um sein Dasein ringen; aber er ist dabei kein Außenseiter, sondern seine Arbeit kommt letzten Endes dem ganzen Volk zugute. Er steht auf Vorposten im Kampf um Ernährung und Leben seines Volkes.

Zeitschriftenumschau

Agrarprobleme im Südosten

Der bekannte Agrarpolitiker *Sava Ulmansky* legt in einem Aufsatz „Die Landwirtschaft Jugoslawiens und ihr Verhältnis zu Deutschland“ (Internationale Agrar-Rundschau, Mai 1939) dar, daß Jugoslawien auf Grund nationaler und geopolitischer Faktoren seiner Natur nach ein Bauernstaat sei. Im Gegensatz zu Deutschland mit seinen 223·8 Menschen je Quadratkilometer landwirtschaftlicher Nutzfläche besitze Jugoslawien nur 106·8 Menschen auf derselben Fläche; von einer Übervölkerung könne also keine Rede sein. Außerdem ließen die großen noch ungenutzten Bodenreserven einen weitgehenden bäuerlichen Bevölkerungszuwachs zu. Die Bodennutzung selbst sei heute noch vorherrschend extensiv mit niederen Durchschnittshektarerträgen. Erst in der letzten Zeit setze sich die Überzeugung von der Notwendigkeit einer mehrseitigen Bodennutzung in stärkerem Maße durch. Jugoslawien sei durch seine günstige klimatische Lage imstande, fast alle wichtigen Bodenerzeugnisse in beachtlicher Menge zu schaffen.

Der stärkste Käufer jugoslawischer landwirtschaftlicher Artikel sei Großdeutschland, das 1938 etwa 65·7 v. H. der gesamten Ausfuhr an landwirtschaftlichen Erzeugnissen abnahm. Daraus gehe klar das beiderseitige Interesse hervor, diesen Markt nicht nur zu erhalten, sondern auch weiter auszugestalten, denn der Bedarf Großdeutschlands an landwirtschaftlichen Rohstoffen werde sich in Zukunft noch steigern. Das Entscheidende für die beiderseitigen Beziehungen sei aber, daß der jugoslawische Bauer einen sicheren Absatzmarkt gefunden habe, der ihn von den Preisschwankungen des Weltmarktes unabhängig mache. Er habe so einen dauernden und besseren Verdienst, der ihn wieder in die Lage setze, von Deutschland gelieferte In-

dustriewaren zu kaufen und so die gegenseitigen Handelsbeziehungen weiter zu vertiefen.

*

Der „gegenwärtige Stand der bulgarischen Landwirtschaft“ wird von *Peter Grantscharoff* im selben Heft der Internationalen Agrar-Rundschau untersucht. Die bulgarische Landwirtschaft bestehe hauptsächlich aus Kleinbetrieben, deren Wirtschaft, wie der Autor zeigt, um so intensiver werde, je geringer die Betriebsfläche ist. Auch eine lagemäßige Schichtung nach Betrieben mit mehr oder weniger intensiver Kultur ergebe sich durch die Entfernung von den einzelnen Städten; sie sei allerdings durch die steigende Ausfuhr der letzten Jahre mehr und mehr verwischt worden. Mit der steigenden Ausfuhr der letzten Jahre nahmen die intensiveren Kulturarten in den stadtfernen Gebieten wesentlich stärker zu als in den stadtnahen. Aber nicht nur durch die Ausfuhrmöglichkeit, sondern auch durch die verfügbaren Arbeitskräfte werde die Art der Erzeugung bestimmt. Intensivere Kultur und erhöhte Haustierhaltung finde sich vor allem in Gegenden, in denen die Zahl der Arbeitskräfte höher sei; erfordere doch die intensive Kultur im Vergleich zur Getreidekultur wesentlich mehr Arbeitstage.

Der Charakter der Landwirtschaft sei in den über 80 Kreisen Bulgariens sehr verschieden. Es gebe Gebirgskreise mit vorwiegender Tierzucht, in denen sich eine Flucht der arbeitsfähigen Bevölkerung in andere Gegenden und Berufe bemerkbar mache. Hier habe man geglaubt, durch eine stärkere Förderung der Rinderzucht an Stelle der extensiveren Schafzucht helfen zu können. Doch habe sich herausgestellt, daß sich die Entwicklung der Rinderzucht nur im Gleichschritt mit der Ver-

größerung des Absatzes ihrer Produkte im Inland und der Ermöglichung ihrer Ausfuhr durchführen lasse. Erweiterung der Rinderzucht habe also Organisierung des Exports und Organisierung des Molkereiwesens zur Voraussetzung. Auch auf dem Gebiete des Obstbaues, Kartoffel- und Getreidebaues u. a. zeigten sich noch große Aufgaben. Alles in allem gelte es, der Landwirtschaft einen sicheren Absatz im Ausland zu verschaffen, um so ihre schnelle Entwicklung und Intensivierung zu sichern.

Im Zusammenhang damit sei noch auf einen Aufsatz von *Assen Kemileff* im *Südost-Economist* vom 9. Juni 1939 verwiesen, in dem sich der Verfasser mit den durch die Übervölkerung Bulgariens im landwirtschaftlichen Sektor verursachten Schwierigkeiten und den Möglichkeiten einer Lösung dieser Probleme durch Intensivierung der Landwirtschaft und richtig gelenkte Industrialisierung befaßt.

Bergflucht in Italien

E. Stock (Rom) bringt in einem Aufsatz „Die Bergflucht in Italien“ (Internationale Agrar-Rundschau, Heft 5, 1939) einen Bericht über die Ergebnisse einer vom „Consiglio Nazionale delle Ricerche“ und vom „Istituto Nazionale di Economia Agraria“ in den Jahren 1930 bis 1936 durchgeführten Untersuchung über das Problem der italienischen Bergflucht. Die umfangreichen Untersuchungen, die sich auf ein Gebiet von 48.197 Quadratkilometer beziehen, wurden in zehn Bänden veröffentlicht und gewähren einen umfassenden Einblick in dieses Problem, dessen Wichtigkeit für Italien man schon daraus erkennt, wenn man hört, daß etwa zwei Fünftel der Oberfläche Italiens mit einer Bevölkerung von rund $9\frac{1}{2}$ Millionen Menschen zur Bergzone gehören. Nach dem Bericht liegt die seit 1871 eingetretene Bevölkerungsvermehrung in allen Alpengebieten weit unter dem italienischen Gesamtdurchschnitt. Die Indexzahl (1871 = 100) für die ligurisch-piemontesischen Alpen ging z. B. 1936 auf 99, die für das Tal des Großen St. Bernhard sogar auf 74 zurück. Im Tal von Meran gelangte man dagegen zu einer Indexziffer von 286, in der Bozener Zone auf 280. Über die Gründe dieser verschiedenartigen Entwicklung wird im vorliegenden Aufsatz allerdings nichts berichtet.

Als Ursachen für das Zurückweichen der bäuerlichen Bevölkerung aus den Alpen werden solche verschiedenster Art angeführt. Auch die Gegenmaßnahmen, die in der oben genannten Untersuchung empfohlen werden, sind sehr vielgestaltig. Steuererleichterungen, Einrichtung eines geordneten ärztlichen Dienstes, Einrichtung oder Wiedereröffnung kleiner Schulen, Straßenbau, bessere Behausung, Maßnahmen gegen weitere Zerstückelung des Bodenbesitzes und Ausbau des Fremdenverkehrs sind die wichtigsten Maßnahmen, deren Bedeutung diskutiert wird. Auch in Italien geht es um die Erhaltung eines gesunden Bauernstandes und man

ist sich darüber einig, daß solchen „pathologischen Erscheinungen des sozialen Lebens“ mit allen Mitteln begegnet werden muß.

*

USA.-Wirtschaft im Übergang

Wirtschaftliche Tendenzen in den Vereinigten Staaten untersucht *Dr. Herbert Groß* (New York) in einem Aufsatz „Wirtschaft im Übergang“ (Wirtschaftsdienst Nr. 24 vom 16. Juni 1939). Der seit November 1938 datierte Abschwung, der sich jetzt anscheinend ausgelaufen habe, sei kaum auf größere „Disproportionen“ der einzelnen Auftriebskräfte zurückzuführen. Auch gegenwärtig lägen zwar alle technischen und statistischen Faktoren vor, um einen baldigen Gesamtauftrieb erwarten zu lassen, doch fehle, und das sei das Entscheidende, der privatwirtschaftliche „Expansionsdrang“. Soweit die Industrie arbeite, schließe sie mit Gewinn ab und auch bei den beschäftigten Arbeitskräften liege eine nicht unbefriedigende Verdienstage vor. Der Unterschied zu den Krisen bis 1929 liege heute darin, daß die U. S. A.-Wirtschaft auf reduziertem Umfang fast „normal“ arbeite. Die nicht benötigte industrielle Kapazität aber sei während der letzten 10 Jahre voll abgeschrieben worden. Der arbeitende Industriesektor, innerhalb dessen weitgehende Investitionen und Modernisierungen durchgeführt wurden, sei heute der stillgelegten Kapazität technisch und kostenmäßig weit überlegen und brauche diese nicht zu fürchten.

Der Verfasser schildert nun die Versuche des „New Deal“, diese müßigen Produktionsfaktoren in den Wirtschaftskreislauf einzuschalten. Versuche, dies durch Belebung des Massenverbrauches auf dem Wege der Sozialreform zu erreichen, seien mißlungen. Die Sozialreform des New Deal werde von dem Wunsch nach staatlichen Garantien von Mindesteinkommen und von der Auffassung getragen, daß die privaten Beschäftigungsmöglichkeiten allein keine ausreichende Einkommenssicherung für alle mehr bieten. Allen diesen Versuchen sei aber die Vorstellung gemeinsam, daß der privaten Wirtschaft die zusätzliche Einkommenszahlung als „Belastung“ zugemutet werden müsse. Der New Deal trage also bei dieser Auffassung den Charakter einer Auflage auf die Privatwirtschaft.

Heute scheine sich eine entscheidende Wendung in der Beurteilung staatlicher und privater Investitionen vorzubereiten. Die Regierung selbst scheine geneigt zu sein, auf das Vorrecht der staatlichen Investitionstätigkeit zugunsten einer geteilten Kapitalanlage zu verzichten. Die gegenwärtige Diskussion des New Deal beziehe sich eindeutig auf die Entwicklung eines gemischtwirtschaftlichen Systems der Kapitalanlage, bei dem der Staat nicht auf einen Teil der privaten Anlagegebiete übernimmt, sondern durch Ausdehnung seiner Investitionen zugleich die privatwirtschaftliche Expansion vorzubereiten suche.

*

Ist England stark genug?

Die Frage: „Ist England stark genug?“ wird in der Zeitschrift „Wirtschaftsdienst“, einer Reihe von Aufsätzen, die sich mit der strategischen und wirtschaftlichen Position Englands befassen, vorangestellt. Einen der wichtigsten und umfassendsten Machtfaktoren untersucht *Dr. Carl Krämer* in seinem Aufsatz über das englische Pfund als Stütze und Symbol der englischen Macht und Weltgeltung (Wirtschaftsdienst Nr. 20 vom 19. Mai 1939). Nicht die Preisgabe des Goldstandards und die Pfundabwertung seien als Zeichen der Schwäche anzusehen; entscheidend sei vielmehr die Tatsache, daß England die finanzielle Einbuße des Weltkrieges in der Zwischenzeit nur zum Teil wettmachen konnte. Sei England vor dem Krieg ein „expandierendes“ Gläubigerland gewesen, das jährlich 100 bis 200 Millionen Pfund seinen Beständen an Auslandsanlagen hinzufügte, so sei es heute bestenfalls ein „gesättigtes“ Gläubigerland, das seinen Auslandsbesitz mit Mühe auf gleicher Höhe halte. Englands Stellung gegenüber dem Problem einer Kriegsfinanzierung sei also heute, im Verhältnis zu 1914, wesentlich geschwächt. Allerdings sei vor allem der Goldbestand heute ungleich größer als damals, doch komme ihm nur der Wert einer ersten Verteidigungslinie des Pfunds zu. Auch die in letzter Zeit wieder verstärkten Kapitalreserven in Amerika könnten nur in der ersten Zeit eine wesentliche Hilfe bedeuten. Übersteige doch schon der „dringende“ Einfuhrbedarf eines Normaljahres ihre Höhe wesentlich. Jedenfalls wäre England ohne Kreditierung der überseeischen Lieferungen bald gezwungen, wertvolle Stücke seines Auslandsvermögens auch in anderen Staaten abzutreten, was mit einer Schwächung seiner weltwirtschaftlichen Position gleichbedeutend wäre.

Im Inland allerdings würde die finanzielle Mobilisierung der Kräfte, etwa die Ausnützung bestehender Lücken im Steuersystem, die Substanz des englischen Volksvermögens direkt angreifen. Besteuerung des Arbeitslohnes oder gar Einführung einer Umsatzsteuer würde unaufhaltsam das Gefüge der „middle-classes“ zerstören, würde unmittelbar die Überlieferungen und das Fundament des gesamten gesellschaftlichen Gefüges angreifen.

Englands industrielle Rüstungen untersucht *Dr. K. Römermann* (Wirtschaftsdienst Nr. 22 vom 2. Juni 1939). England, das bis zum Augenblick nicht die Möglichkeit besessen habe, auf die Verteilung der Rohstoffe und Arbeitskräfte Einfluß zu nehmen, habe sich entschlossen, durch die Schaffung eines Kriegsmaterialministeriums einen ersten Schritt in der Richtung einer stärkeren Einflußnahme auf die Wirtschaft zur Sicherung und Beschleunigung der Rüstungen zu tun. Trotz des bereits großen Rüstungsaufwandes sank der Index der industriellen Produktion im letzten Jahr wieder ab, so daß eine Ausweitung des Rüstungsprogrammes durchaus möglich wäre. Ähnlich lägen die Verhältnisse bei der Rohstoffeinfuhr. Allerdings würde die Steigerung dieser Einfuhr eine Belastung der englischen Zahlungsbilanz bedeuten, die entweder

durch Angreifen der Kapitalsreserven in Übersee bzw. des Goldvorrates oder durch eine entsprechende Ausweitung des Exports vermindert werden müßte. Die letztere Möglichkeit bedeute aber wieder eine Schwächung der für Rüstungen zur Verfügung stehenden Leistungsreserven. Weitere Schwierigkeiten dürften sich durch das Aufsaugen der Arbeitskräfte und durch die dann voraussichtlich bald in Erscheinung tretenden Probleme der Vollbeschäftigung einstellen.

In ihrer Gesamtheit sei die englische Industrie, wie der Verfasser schließt, heute sicher besser in der Lage Rüstungsanforderungen nachzukommen, als zu Anfang des Weltkrieges. Die Rüstungsindustrie im eigentlichen Sinn sei durch die staatliche Initiative wesentlich vergrößert worden. Daß diese staatliche Initiative für das gesamte Wirtschaftsgeschehen in Zukunft eine ganz entscheidende Bedeutung erlangen dürfte, ist kaum mehr zu bezweifeln.

Von besonderer Bedeutung für die Lage und Durchschlagskraft der englischen Rüstungen ist die englische Stahlindustrie. Der Hauptgeschäftsführende der Wirtschaftsgruppe Eisenschaffende Industrie, *Dr. J. W. Reichert*, gibt im Rahmen der Aufsatzreihe einen Überblick über den Stand der englischen Stahlindustrie (Wirtschaftsdienst, Heft 24 vom 16. Juni 1939). England, das bis Ende des vorigen Jahrhunderts in der Stahlerzeugung der Welt führend war, sei heute zum viertstärksten Stahlland hinter Amerika, Deutschland und Rußland zurückgesunken. Seit einer Reihe von Jahren lasse sich allerdings in der englischen Stahlindustrie ein Zug frischerer Entwicklung bemerken, der darauf abziele, moderne Technik überalteten Anlagen zugute kommen zu lassen. So sei eine englische Stahlgesellschaft mit dem Ausbau der Werke zu Corby, die jetzt drei Jahre in Betrieb stehen, als erste daran gegangen, das Thomasstahlverfahren in England einzuführen. Außer diesen Werken seien zwei weitere Werke, und zwar Breitbandwalzwerke, im Entstehen begriffen.

Von überragender Bedeutung für die wehrwirtschaftliche Durchschlagskraft der Stahlindustrie sei die Rohstofffrage. Es sei nicht ausgeschlossen, daß die englische Erzförderung wieder auf den hohen Vorkriegsstand, der etwa 4 Millionen Tonnen über dem Förderungsstand von 1938 liegt, kommen könne.

1937 seien, verschiedenen Berechnungen nach, etwa 25 v. H. der gesamten Stahlerzeugung für Rüstungszwecke verwendet worden. Was die Versorgung Englands aus dem Ausland betrifft, so sei 1937 die gesamte Einfuhr an Eisen, Stahl und eisenhaltigen Rohstoffen der inländischen Gewinnung ziemlich nahe gekommen. 1938 sei sie um etwa 1 Million Tonnen geringer gewesen. Zweifellos sei die Auslandsabhängigkeit Englands in seiner Rohstoff- und Fertigerzeugnisversorgung 1939 wieder stärker im Wachsen begriffen. Im übrigen lasse sich auch bei der Stahlindustrie eine bemerkenswerte Wandlung vom Grundsatz der freien Wirtschaft zur Gemeinschaftsarbeit bemerken.